

"Wir lassen uns von der Politik nicht vor die Türe stellen"

Utl.: Heftige Proteste der Gastronomie-Sprecher Hinterleitner und Paulas zur beabsichtigten Verschärfung beim Nichtraucherschutz
- "Verkürzte Übergangsfristen wären Todesstoß" =

Wien (TP/OTS) - Mit schweren Geschützen fährt die heimische Gastronomie gegen jede weitere Verschärfung des Tabakgesetzes auf: "Wer kleinen Lokalen nicht die Wahlfreiheit zwischen Rauchern und Nichtrauchern gibt, nimmt ihnen ihre Existenzgrundlage. Und eine drastisch verkürzte Übergangsfrist von nur mehr einem halben Jahr wäre der Todesstoß für mehr als 70 Prozent der heimischen Gastronomen", erklärten der Obmann des Fachverbandes Gastronomie in der WKÖ, Helmut Hinterleitner, und der Tourismussprecher im Sozialdemokratischen Wirtschaftsverband, Hans Paulas, heute, Dienstag, in einer kurzfristig einberufenen Protest-Presskonferenz in einem Wiener Kaffeehaus.

"Wir lassen uns von der Politik nicht vor die Tür stellen und wollen keine faulen politischen Kompromisse. Jede weitere Verschärfung des bereits akkordierten Entwurfes wäre nichts weiter als eine Anleitung zum Zusperrern", wetterte Hinterleitner. Auch wäre es keine fortschrittliche Politik, technische Errungenschaften, wie Anlagen zur ausreichenden Be- und Entlüftung von Gasträumen, nicht zu berücksichtigen. Die Wunschvorstellung von einer rauchfreien Gastronomie würde berufliche Existenzen von Wirten und ihrer Mitarbeiter ruinieren und Alkohol und Nikotin in die Wohnungen zurückbringen, statt sie aus dem familiären Umfeld zu holen.

Es sei furchtbar, was jetzt passiert. "Das nicht abgesprochene Umdrehen des Entwurfs ist für uns ein Schock. Wir sind nicht bereit, das so hinzunehmen", betonte Paulas. "Wir wollen keine totale Bevormundung. Es geht hier um die Existenz vieler Gastronomiebetriebe und um 12.000 bis 15.000 Mitarbeiter. Wir müssen eine Lösung finden, die nicht existenzgefährdend ist".

Die Angst der Gastwirte vor Umsatzeinbußen sei real und könne nicht als "wehleidiges Gejammer" abgetan werden, sagte Hinterleitner. "Nicht nur aus Irland und Italien wissen wir, dass die strengen Regeln dort sehr wohl zu erheblichen Umsatzeinbußen geführt haben. Auch aus Deutschland gibt es mittlerweile ähnliche Berichte".

Ein totales Rauchverbot hätte nicht nur finanzielle Auswirkungen auf die Unternehmer, es wäre auch nicht im Sinn der Gäste und der Beschäftigten. Nach einer aktuellen OGM-Umfrage wünschen 80 Prozent der Gäste keine derart drastischen Maßnahmen. 54 Prozent sehen den von Gesundheitsministerin Andrea Kdolsky präsentierten Gesetzesvorschlag als sinnvolle Lösung an.

Sollte es dennoch zu den kolportierten Verschlechterungen kommen, sind Potestmaßnahmen nicht auszuschließen, erklärten Paulas und Hinterleitner unisono. "Wenn man über uns drüberfährt, werden wir uns zu wehren wissen". Über die Vorgangsweise werde man in den nächsten Tagen intensiv beraten. In den nächsten Tagen sollen Protest-Pressekonferenzen und Veranstaltungen in allen Bundesländern abgehalten werden. "Es ist das ein Thema, das der gesamten Branche in ganz Österreich unter den Nägeln brennt", stellte Hinterleitner abschließend fest.

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich
Fachverband Gastronomie
Dr. Thomas Wolf
Tel.: +43 (0)590 900-3560
mailto:gastronomie@wko.at
<http://diegastronomie.at>

*** TP-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.TOURISMUSPRESSE.AT ***

TPT0007 2007-10-23/13:22

231322 Okt 07

Link zur Aussendung:

http://www.tourismuspresse.at/presseaussendung/TPT_20071023_TPT0007